

**Auszug aus der Niederschrift
über die 04. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und
Stadtentwicklung am 21.04.2022**

Zu TOP: 4.1

Straßenbahn zwischen Neuer Markt und Hauptbahnhof

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlage: AN 0061/2018

Herr Bogusch geht auf die bisherigen Überlegungen ein. So sollte sich nicht zwingend an die vorgegebene Strecke gehalten werden und fraglich war auch, ob es sich um ein spurgebundenes Projekt handeln muss. Nach Beteiligung an einem Projektauftrag hat die Hansestadt Stralsund den Zuschlag nicht erhalten.

Dennoch wird die Strecke Mahnkese Wiese – Hafeninsel zur Nutzung eines autonom fahrenden Fahrzeugs auch aus touristischer Sicht als attraktiv eingeschätzt.

Da eine schienenungebundene Lösung derzeit leichter umzusetzen wäre und Gleise vorhanden sind, wird diese Variante bevorzugt.

Der momentane Betrieb im Nordhafen führt allerdings dazu, dass das Projekt kurzfristig nicht umsetzbar ist. Da mittelfristig angedacht ist, dass sich der Hafen aus dem nördlichen Bereich zurückzieht, könnten in das Haushaltsjahr 2023 Gelder für eine Machbarkeitsstudie eingestellt werden.

Herr Bogusch nennt ein Projekt aus Monheim als Beispiel. Dort wurden 5 Fahrzeuge angeschafft, von denen immer drei im Einsatz sind. Eine Strecke von ca. 2,7 km wird im 15 Minutentakt bedient. Die Höchstgeschwindigkeit der Fahrzeuge liegt bei 16 km/h. Problematisch sieht Herr Bogusch, dass auf den Fahrzeugen immer eine Begleitperson mitfahren muss, die im Bedarfsfall eingreifen kann.

Herr Suhr begrüßt die Vorschläge der Verwaltung, merkt aber an, dass es in den vergangenen zwei Jahren durchaus rechtliche Änderungen gegeben haben könnte. Beispielhaft nennt er ein Projekt an der Charité, wo der Betreiber ein Projekt mit autonom fahrenden Fahrzeugen abgibt, damit es an die Deutsche Bahn angegliedert werden kann. Aus seiner Sicht sollte auch weiterhin die schienenungebundene Variante geprüft werden. Außerdem erfragt Herr Suhr, ob die Hochschule in das Vorhaben mit eingebunden ist.

Aufgrund der Tatsache, dass das Projekt bisher zurückhaltend betrachtet worden ist, gab es bisher keine Gespräche mit der Hochschule. Herr Bogusch sichert zu, dass die Hochschule einbezogen wird, sobald das Projekt wiederaufgenommen wird.

Herr Röhl weist auf die hohen Kosten für das Projekt in Monheim hin. Die Kosten liegen bei jährlich 2 Millionen €.

Herr Suhr erklärt, dass er es für sinnvoll hält, das Projekt weiter zu prüfen, auch aufgrund der Argumente, die in die heutige Diskussion eingeflossen sind. Sollte sich herausstellen, dass ein solches Vorhaben zu teuer ist, kann es immer noch abgelehnt werden.

Der Abteilungsleiter für Straßen und Verkehrslenkung bestätigt, dass häufig nur die Erstanschaffung gefördert wird und die Betriebskosten dann von der Stadt oder einem Sponsor getragen werden müssen.

Herr Bogusch macht deutlich, dass ein Votum des Ausschusses nötig ist, ob das Projekt umgesetzt werden soll. Da eine Machbarkeitsstudie auch Kosten verursacht, wird diese nicht grundlos und ohne Zustimmung in Auftrag gegeben.

Herr Haack weist darauf hin, dass die Diskussion deutlich von dem Ursprungsantrag abweicht. Er bemängelt die hohen Kosten und stellt in Frage, ob die Touristen wirklich die kurze Strecke gefahren werden müssen.

Er plädiert wie Herr Röhl für einen kostenfreien Nahverkehr.

Auf die Frage von Herrn Mühle erwidert Herr Bogusch, dass schon in der ersten Diskussion von der Strecke abgewichen und herausgestellt wurde, dass auch andere Strecken möglich sind.

Die jetzt vorgestellte Strecke führt ebenfalls über den Hauptbahnhof.

Herr Suhr hält eine Prüfung für sinnvoll, auch weil ein Vergleich mit der Stadt Monheim aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen nicht möglich ist.

Herr Bauschke schlägt vor, den Ursprungs- und Änderungsantrag als erledigt zu betrachten, da die vorgeschlagene Strecke von der Verwaltung nicht weiterverfolgt wird.

Das Thema soll jedoch zur Beratung in die Fraktionen verwiesen werden und in drei Monaten erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Herr Bauschke stellt den Vorschlag zur Abstimmung.

Somit werden sowohl der Ursprungs- als auch der Änderungsantrag für erledigt erklärt.

Der Präsident der Bürgerschaft wird über das Beratungsergebnis informiert.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 17.01.2023